

Mehltau verlängert Reformstau

Gemütlichkeit und Illusionen stehen drängenden ordnungspolitischen Reformen im Wege. Die Deutschen haben sich gut eingerichtet, obwohl der Wohlfahrtsstaat eine Sackgasse ist.

Michael von Prollius

„Es wird nie soviel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd“. Diese zeitlose Beobachtung stammt von Otto von Bismarck. Ein Blick auf die Wahlprogramme lässt hoffen, dass das der Fall ist. Keine Partei wartet mit einem ordnungspolitischen Reformprogramm auf. Keine Partei tritt dezidiert für Freiheit und Selbstverantwortung ein. Fast jede Partei bietet einen bunten Strauß an umverteilenden Wohlfahrtsmaßnahmen an. Und wer keine Steuererhöhungen in seinem Wahlprogramm aufgeführt hat, der kann dem Vorwurf der Lüge nur dadurch entgehen, dass er nicht auf der Regierungsbank Platz nimmt. Fast 60% des Bundeshaushalts 2013 sind für Soziale Sicherung und Zinsen vorgesehen. Die Staatsverschuldung erhöht sich sekundlich um 1,556 Euro pro Sekunde und beträgt über 2,1 Billionen Euro. Die Nachhaltigkeitslücke aus expliziten und impliziten Schulden summiert sich auf 5,9 Billionen Euro oder 227% des BIP. Die zusätzliche Rechnung für die Euro-Misere wird noch gedruckt.

Das weitgehend einheitliche Verbraucher freundliche und Bürger feindliche Politiksortiment mag eine Ursache für den einschläfernden Wahlkampf sein; darüber können auch inszenierte Duelle nicht hinwegtäuschen. Plakatierte Langeweile verstellt den Blick für das Wesentliche in Berlin. Eine fröhliche Ausnahme springt dem Reisenden in Ostwestfalen-Lippe ins Auge. Sonst liegt nach 2006 erneut Mehltau auf dem politischen Deutschland – während in Europa Entscheidungen von großer Tragweite gefällt werden. Das ist kein Wunder – Mehltau tritt verstärkt im Herbst bei warmem, feuchten Wetter auf. Mehltau ist bekanntlich eine durch Pilze verursachte Krankheit, die als weißer Belag sichtbar wird. Auch der deutsche Wohlfahrtsstaat befindet sich im Herbst seines Lebenszyklus. Seit der Stagflation der 70er Jahre, die dem kräftigen Ausbau der Wohlfahrtsstaates unmittelbar folgte, wird über strukturelle Reformen diskutiert. Passiert ist indes wenig. Stattdessen ist der Ausbau kontinuierlich vorangeschritten mit Rekordschulden unter jedem neuen Finanzminister. Das lässt sich auch an den Themen des fast sieben Millionen Mal benutzten Wahlomaten 2013 ablesen. Die Masse der Fragen zielt auf eine Ausweitung wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen: Mindestlohn, Betreuungsgeld, bedingungsloses Grundeinkommen und Erhöhung des Spitzensteuersatzes, Pflegegeld für Angehörigenbetreuung, Bafög für alle und Rentenalter senken, staatliche Krankenversicherung für alle, weitere Mietpreisregulierung, Maut einführen, energieintensive Industrien stärker besteuern, Strompreis stärker regulieren und

Frauenquote. Kurz: Politik statt privat.

Unmittelbar vor der Finanzkrise waren die Zeitungen noch voll mit der Diskussion um den Rückbau des wuchernden Wohlfahrtsstaates. Die Reformagenda ist denkbar einfach: Ausgaben senken und Staatstätigkeit zugunsten privater Initiative, Wahlfreiheit und Wettbewerb umbauen. Das gilt angesichts der Finanz- und Staatsschuldenkrise und der strukturellen Wachstumskrise in Europa umso mehr. Ludwig von Mises hat es bereits 1931 auf den Punkt gebracht. „Die Wirtschaftskrise ist auch zugleich eine Krise der öffentlichen Finanzen, und die Krise der öffentlichen Finanzen ist ohne einen vollständigen Umbau der Staatstätigkeit nicht zu beheben.“

Die ordnungspolitische Devise „Freiheit und Selbstverantwortung“ lässt sich auf alle zentralen Reformfelder übertragen:

1. Euro- und Europa-Krise: Geldfreiheit sowie Selbstverantwortung der Banken und Nationalstaaten, Nonzentrismus und der Rückkehr zum menschlichen Maß.
2. Steuern: Weitgehende Vereinfachung der Steuergesetze und viel mehr Netto für die Bürger und Unternehmer! Wie wäre es mit einer 50%-Abzugsfähigkeit von der Steuerschuld, die gemeinnützigen Zwecken zugute kommt?
3. Soziale Sicherung: Freie Fahrt für private Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung mit Risiko adäquaten Tarifen für mündige Bürger, die so lange arbeiten wie sie möchten und es sich leisten können.
4. Arbeit: Die Arbeitsvermittlung gehört ebenfalls komplett in private Hand. Ein freies Vertragsrecht sollte als Ziel beim Lichten des Regulierungsdickichts von über 30 Rechtsquellen sein.
5. Energie: Markt und Wettbewerb statt Kartelle und subventionierte staatliche Energiebewirtschaftung, mit dem Ziel die Erde durch CO₂-Reduktion abzukühlen.
6. Bildung: Die Hirnforschung warnt seit langem: die standardisierten Lernverfahren sind ungeeignet und demotivieren. Bahn frei für Experimente der Vielfalt und den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren! Ein erster Schritt: Bildungsgutscheine ausgeben.
7. Außenpolitik: Die Aufgabe und Existenzberechtigung des Staates besteht im Schutz von Leib, Leben und Eigentum der Bürger, die ihn zu diesem Zweck geschaffen und beauftragt haben. Kapitalismus und die Stärkung der internationalen Herrschaft des Rechts sind die besten Mittel der Friedenssicherung.

Gegen Mehltau hilft regelmäßig Unkraut jäten und Kochsalz. Aufgabe der Ordnungspolitik ist es, inflationäre Gesetzgebung und marktwirtschaftsfeindliche Vorhaben für das Ausrufen zu kennzeichnen. Die Alternative wäre auf den 22-Punkt-Marienkäfer zu warten, der sich von Mehltau ernährt. Bis der kommt, bleibt der Kern des Wohlfahrtsstaates die Leitidee von Otto von Bismarck: „Mein Gedanke war, die arbeitenden Klassen zu gewinnen, oder wie soll ich sagen, zu bestechen, den Staat als soziale Einrichtung anzusehen, die ihretwegen besteht und für ihr Wohl sorgen möchte.“ Mit Illusionen leben Deutsche recht bequem – eine Zeit lang.